

Der Bundesrat und die reichslandische Verfassung.

Zwischen den Berliner Zentralstellen und den Bundesregierungen haben sich Verhandlungen darüber stattgefunden, inwiefern man den Wünschen des Reichstages über den Namen der staatsrechtlichen Verfassungsvorlagen hinaus entgegenkommen könne. Die Verhandlungen gestalten sich äußerem Bernehmen nach recht schwierig, und es ist vorauszusehen, daß eine Entscheidung hierüber nicht so bald erfolgen wird. Es läßt sich daher vorläufig auch noch nicht absehen, wie sie ausfallen werden. Immerhin darf schon jetzt als sicher gelten, daß die verhandelnden Regierungen die volle

Selbstverwaltung des Reichslandes

als Urteil noch verfaßt unter seinen Umständen bewilligen, noch sich auf eine Schmälerung der kaiserlichen Gewalt in Gesetz-Verordnungen einlassen werden. Hiergegen würde namentlich Preußen seinen ganzen Einfluß ausbieten, und sicherlich mit Erfolg. Dagegen scheint man an den Berliner Zentralstellen geneigt zu sein, bezüglich der

Gewährung von Bundesratsstimmen

an Gesetz-Verordnungen entgegenkommen zu beweisen. Man würde diese Stimmen entweder nur für alle rein wirtschaftlichen Fragen zuwenden, oder aber allgemein unter Ausschluß aller Angelegenheiten, die Heer, Marine und auswärtige Politik betreffen. Jedenfalls bewegen sich in dieser Richtung die gegenwärtigen Verhandlungen, eine Verständigung unter den Bundesregierungen über die zu machenden Zugeständnisse herbeizuführen. Vielleicht wird man auch hinsichtlich der Zusammenfügung der ersten Kammer und kleinerer

Einzelheiten des Wahlrechts

für die zweite Kammer mit sich reden lassen, aber weiter dürfte die verhandelnden Regierungen in ihren Zugeständnissen nicht gehen. Man nimmt infolgedessen an, daß diese Zugeständnisse ausreichen würden, um schließlich eine Reichstagsmehrheit auf die Verfassungsvorlagen zu vereinigen, daß sich die Parteien sehr bedenken würden, nach so einem Entgegenkommen der Bundesregierungen die Schuld des Scheiterns der Entwürfe auf sich zu nehmen. — Man rechnet damit, daß die umgedruckte Vorlage bereits Mitte März den Reichstag beschäftigen wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm wird am 5. März der Vereidigung der Marinerekruten in Wilhelmshaven beiwohnen und dort bis zum 7. März verweilen.

* Englische Zeitungen berichten, daß Kaiser Wilhelm seinen Londoner Besuch im Mai auf mehrere Tage ausdehnen und viele bekannte Persönlichkeiten empfangen werde, darunter den Premierminister Mr. Asquith, den Kriegsminister Mr. Haldane und den Schatzkanzler Mr. Lloyd George, den er bereits in Berlin kennen lernte. Der Besuch wird jedoch seinen privaten Charakter nicht verlieren, und öffentliche Ehrungen des Kaisers von Staats wegen werden auf seinen Wunsch unterbleiben.

* Für die Frage, in welcher Weise das Deutsche Reich dem verbündeten Italien seine Teilnahme an der bevorstehenden Nationalfeier bekunden sollte, ist jetzt eine Lösung gefunden worden, die man als einen glücklichen Ausweg aus mannigfachen Schwierigkeiten bezeichnen kann. Im Laufe des April wird das deutsche Kronprinzenpaar einen offiziellen Besuch in Rom abhalten, um nämlich dem König und der Königin von Italien die Glückwünsche des deutschen Kaiserpaars zur italienischen Nationalfeier zuzubringen.

* Der Bundesrat hat der Vorlage betr. Erhöhung von drei Millionen Mark in Finanzmitteln zugestimmt.

* Wie verlautet, muß das Arbeits-Lammengesetz als geheitert betrachtet

werden. Es ist der Reichsregierung unmöglich, die verschiedenen Parteien auf einen gemeinsamen Mittelweg zu einigen. Die mehrfachen Versuche nach dieser Richtung hin sind bereits als fruchtlos eingestellt worden.

* Die preussische Regierung beabsichtigt, für jede Provinz der Monarchie Beiräte zu bilden, die über die Arbeit in den Gefängnissen geberet werden sollen. Die Zusammenfassung der Beiräte ist durch Verlegung von je einem Mitgliede der Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern geplant.

* Der im preussischen Herrenhause eingebrachte Antrag des Grafen Mirbach wegen amtlicher Aufforderung über das Wesen und die Wirkungen der Reichsfinanzreform ist vorläufig zurückgezogen worden.

* Die heftige Regierung hat der zweiten Kammer eine Vorlage betr. Verleumdung der Reichsbedingte ausgeben lassen, durch die den Gemeinden und Bürgern für die Bekämpfung der Verleumdungen eine Staatsbeihilfe gewährt werden soll. Zu diesem Zweck wird ein Betrag von 24 000 Mk. gefordert.

Osterreich-Ungarn.

* Infolge der in Deutschland herrschenden Unruhen, Plau- und Klausereien ist die Einfuhr von Hindern nach Osterreich verboten worden.

Frankreich.

* Der Kriegsminister General Brun ist plötzlich infolge eines Schlaganfalles gestorben. Der Verstorbenen, der seit Juli 1909 sein Amt bekleidete, hat sich besondere Verdienste um die Neuordnung des französischen Generalstabes erworben, den er nach deutschem Muster umformen wollte. Von bleibendem Wert ist in seiner Tätigkeit die Organisation der Militärflugschiffahrt, das Hauptwerk des dahingegangenen Kriegsministers.

* Bei der Debatte über das Marinebudget nahm der Minister des Meeres, Bichon, Anlaß, sich gegen mehrere Anträge von Deputierten der äußersten Linken auszusprechen, die sofortige Verhandlungen mit England und Deutschland wegen Einschränkung der Ausfahrten zur See verlangten. Bichon machte geltend, daß auf der Haager Friedenskonferenz dreimal jener Gegenstand zur Sprache kam und dreimal erfolgrlos. Der Minister schloß mit den Worten: Der Augenblick wäre schlecht gewählt, Frankreichs Wehrmacht zu Lande und zur See zu schwächen, während andere Mächte ihre Armee und Marine verstärken. Ein solches Vorgehen wäre unvorstellig. Ein starkes Frankreich bedeutet eine feste Friedensbürgschaft.

Amerika.

* Mit Fieberparaten Eisen arbeiten die Per. Staaten an dem Ausbau der Wehrmacht. Nachdem kaum ein Gesetzentwurf angenommen worden ist, der einen bedeutenden Ausbau der Flotte vorsieht, hat jetzt das Repräsentantenhaus eine Vorlage angenommen, in der 5 300 000 Dollar für die Verteidigung der Küsten und Inseln vorgesehn werden. Die Befestigung des Panamakanals ist in diesem Gesetzentwurf nicht einbezogen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag begann am Donnerstag die zweite Lesung des Militäretats in Verbindung mit der Heresborlage (vgl. Linnemanns-Berichte). Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Polen und einer Minderheit des Zentrums erklärten alle Parteien ihre Zustimmung. Die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten begründete Abg. Stücken. Für die Polen sprach Abg. Korzant, und für eine Minderheit des Zentrums sprach Abg. Heim. Die Debatte wurde nicht sicher geführt. Kriegsminister v. Deeringer erklärte, daß das deutsche Heer durch und durch gesund sei. Die Zustimmung der Parteien habe ja dargelegt, daß ein schlagfertiges Heer notwendig sei. Der Ausbau des Heeres in Ruhe und Frieden sei der einzige Weg, den Deutschland gehen könne. Die Kosten für Heer und Flotte seien in Deutschland wesentlich geringer als in Frankreich. Nach weiterer kurzer Debatte wurde die Abstimmung über § 1 ausgeführt; die übrigen Para-

graphen der Vorlage und die dazu gestellten Resolutionen wurden angenommen.

Am 24. d. Mts. steht auf der Tagesordnung zunächst die Abstimmung über § 1 der Heresborlage, die eine narrenhafte ist und die Annahme mit 247 gegen 63 Stimmen bei 11 Enthaltungen ergibt.

Sodann wird der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von Hilfsmitteln im Patentamt in erster und zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die Beratung des Militär-Etats beim Kapitel „Kriegsmittel“.

Dazu liegen eine Reihe von Resolutionen vor, u. a. wünscht die Budgetkommission vom Reichsfänger Vermögen über die Änderungen der Militärversorgung der Militäranwärter, wobei die Frage der Anstellung von Militäranwärtern geprüft werden soll. Die fortschrittliche Volkspartei erhebt den Reichsfänger, dafür zu wirken, daß bei der Be-

stimmung einzelner Firmen bei Militärlieferungen nur entschieden entgegengekommen werden. Eine kaufmännische Durchführung der technischen Betriebe muß unbedingt verlangt werden.

Abg. Kose (soz.): Trotz unserer bekannten Stellung zum Militäretats müssen wir doch eine Reihe von Reformen fordern. Eine Erhöhung der Mannschafszahl muß entschieden angestrebt werden. Das Zentrum ist schuld daran, wenn die Wohnung immer auf dem alten niedrigen Stande stehen. Damit kommt kein Mann aus. Das ist eine neue denkende Steuer fürs Volk. Bei den Offizieren ist man nicht so hinderlich. Die Zahl der Militäranwärter schwankt unheimlich an. Von hat ein Mitglied der Rechten in der Kommission erklärt, bei der Reichsversicherungsbankordnung werde sich Gelegenheit bieten, die Militäranwärter unterzubringen. Wie darum die Dinge gehen die Klassen! Daß man unter Offizieren zu Bannern machen will, ist eine Unmöglichkeit; die Leute sind froh, wenn sie vom Lande fort sind. Unter dem gegenwärtigen Kriegsminister geht es eher rückwärts als vorwärts. Die Jugend will man zum Hurra-Patriotismus erziehen. Das ist eine vergebliche Bemühung. Die Dienstzeit muß verkürzt werden.

Abg. Müller-Weinigen (fortschrittl. Vd.): Die kaiserliche Kabinettsorder über die Beförderungen ist erkrankt. Es ist nicht das alleinige Verdienst der Sozialdemokratie, daß die kaiserliche Erziehung der Jugend solche Fortschritte gemacht hat. Das Verdienst daran hat die deutsche Arbeiterschaft! In meiner Militärverwaltung herrschen

große Mißstände.

Der Wirtschaftskopfs ist ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Dem Heere müssen berechnete Gründe zur Lustbetendheit genommen werden. Warum hat die Militärverwaltung solche Angst vor der Kritik von Offizieren? Auch an die Fronten des Heres kopft vernehmlich die neue Zeit. Es sind in der Armee drei Klassen von Regimenter vorhanden. Das muß ein Ende nehmen. Die Versorgung des Adels muß eingeschränkt werden. Das Heer ist nicht dazu da, um kostbare Profiteure zu treiben. Das Militärbürokraten muß einer Reform unterzogen werden.

Kriegsminister v. Deeringer: Ich bin mit dem Abgeordneten Müller darin einig, daß unser Volkstheater auf der Grundlage des gleichen Rechts aufgebaut werden muß. Ich glaube aber, daß wir über die Einzelheiten, wie das zu erreichen ist, schließlich eine Übereinstimmung erzielen werden. Wenn eines notwendig ist, so ist es die Festhaltung der Disziplin, des

unbedingten Gehorsams im Heere.

Denn wir müssen unser Heer ausbilden, so auch wie wir wollen, wir müssen es vorzüglich bewaffnen und mit guten Führern versehen, haben wir keine Disziplin in der Armee, dann wird die Armee auch niemals das leisten, was sie vor dem Feinde leisten muß. Eine nichtdisziplinäre Armee ist keine Wehrkraft wert. Aber das Ziel sind wir natürlich einig, aber über den Weg, auf dem es zu erreichen sein wird, werden wir uns wohl nur schwer verständigen können. Nun die angeordnete Verbesserung des Adels. Wir sind durchaus auf dem verlangten Wege. Hatten wir früher nicht viel mehr Adlige im Offizierskorps? Berichtenthalten werden ja. Verschiedenheiten in der Herkunft schicken zuweilen völlig gleichen Denken aus. Aber Gelddienst und Adelsdienst werden nicht gebildet. Hauptziel ist die Wahrung der Gleichheit und Homogenität des Offizierskorps. Von besonderer Disziplin ist nicht die Rede. Aber wir wollen auch solche Elemente ausmerzen, die auch nur den Anschein erwecken, als pöffen sie nicht zum Offizier; daher die Vorengelichte. Der Verlaß des Generals von Müllingen richtet sich lediglich gegen Adlige, die ja die Freiheit der Reichsbürger untergraben. Der Rufus, der der Immunität der Abgeordneten zuwiderläuft, ist aus dem Verlaß längst herausgeschickten. Darüber aber sind wir wohl einig, daß die Armee auch in ersten Zeiten das Maßstab des Staates bilden kann.

Abg. v. Liebert (fortschrittl.): Die von uns in der Kommission gemachten Angaben lassen erfreulicherweise keinen Zweifel darüber, daß der Nachwuchs des Offizierskorps gedeihlich ist. Der Gehalt, Besoldung von Offizieren zu machen, wird wohl in der ganzen Armee abgemessen; er würde die Geschlossenheit des Offizierskorps bedenklich üben. Empfindlich ist aber nicht, daß die jungen Offiziere für eine bestimmte Reihe von Jahren in der Armee bleiben? Dafür freilich sollte das Militärbüro sorgen, daß junge Offiziere nicht dauernd in einzelnen Grenzgarnisonen bleiben. Den pensionierten Offizieren sollte die Pension nicht monatlich, sondern vierteljährlich ausgezahlt werden. Auf die Unbilligkeit des platten Landes sollte die Heresleistung Rücksicht nehmen. Die Weiterer gehört nicht in die Steinbrüche der Großstädte. Die Beratung wird vertagt.



Der französische Kriegsminister General Brun.

legung militärischer Stellen allein nur persönliche Tüchtigkeit entscheiden, weder eine Bevorzugung des Adels noch eine Zurücksetzung aus politischen oder konfessionellen Rücksichten erfolgen soll und ferner zu erwägen, auf welche Weise denjenigen Militärschülern, die eine hervorragende numerische Ausbildung bezeugen, Vergünstigungen bei der Beförderung ihrer militärischen Dienstpflicht bewilligt werden können. Eine Zentrumsresolution erhebt den Reichsfänger, darauf hinzuwirken, daß bei Anfertigung von Beförderungsstellen für die Heresverwaltung die selbständigen Handwerksmeister, die Handwerkerergossenschaften und Innungen besonders berücksichtigt werden. Die anderen Resolutionen betreffen die Bekämpfung der Arbeiterfrage in Militärbetrieben. Eine sozialdemokratische verlangt die Berücksichtigung der Arbeiterfirmen in Bezug auf Tarifverträge und Arbeiterausschüsse. Eine Zentrumsresolution verlangt einen Ausbau der Arbeiterausschüsse in den Militärbetrieben im Sinne des Arbeiterkammergesetzentwurfes, der Sicherung im Arbeitsverhältnis während der Anwesenheit und der Möglichkeit, in wichtigen Fällen die Wünsche der Arbeiter den höheren vorgelegten Dienststellen vorzutragen. Eine Resolution Webers will eine allmähliche stetige Aufhebung der Löhne entsprechend den Tarifverträgen am Orte, sowie eine Mitwirkung der Arbeiterausschüsse.

Abg. Erberger (Zentr.): Wir halten eine scharfe Kontrolle durch den Reichstag für notwendig; es muß nach mehr geordert werden. Die Beförderungen müssen eingeschränkt werden, was ja auch der Kaiser wünscht. Die Gehörlosigkeitsbestimmungen bedürfen der Revision. Namentlich sind bürgerliche Offiziere jetzt auch in Stellen gekommen, die bisher nur für adlige Reservisten waren. Hoffentlich spreitet der Chef des Militärbüros auf diesem Wege fort. Der Kriegsminister sollte Veranlassung nehmen, daß bei Militäranwärtern auch das Dienstalter berücksichtigt wird. Eine Erweiterung der den Anwärtern vorbehaltenen Stellen wünsche ich nicht. Der Kriegsminister sollte sich mit dem preussischen Landwirtschaftsminister über die Frage der

Anstellung

von Militäranwärtern ins Einvernehmen setzen. Erfreulich ist die Absicht der Soldatenmittenhandlungen, die sich um 10 Prozent vermehrt haben. Die Soldaten sollten über die Gefährlichkeit der Auslandsverteilung an Fremde aufgeklärt werden.

Der Kaffee-Corner.

11) Roman von Cyrus Townsend Brada.

(Fortsetzung.)

„Geben Sie mir, oder treten Sie in diesen Kaffee-Korner ein.“

„Das für ein Kaffee-Korner?“

„Oder Gott, Mensch, wo leben Sie denn? Wissen Sie denn nicht, daß ich soeben einen unbekanntem Dintermann von Gutler, Drewitt u. Komp. in Dezember-Kaffee kämpfte? Daß ich die Kaffee-Partei bin? Heute ist der Entscheidungstag in dem Kampfe. Wenn ich diesen Tag überdauere, habe ich ein Millionenvermögen gemacht. Aber heute ist es nicht, dann habe ich alles verloren. Wenn Sie mir nur helfen, wenn Sie sich mit einer Million, mit Leben, mit Fort, mit vierhunderttausend Dollar zu unferer Partei anschließen können, dann tun Sie's um Gottes willen, ich bitte, tun Sie's denn.“

„Doch er kam nicht mehr weiter.“

„Wingston“, sagte Watson ruhig, aber mit so herrschender Grausamkeit, daß Wingstones Blut furchig erstarre. „Wingston, Sie haben mich vor einiger Zeit schwer beleidigt. Ich habe Sie nicht geduldet, weil — weil ich einen Grund dazu hatte, der Sie weiter nichtis anreizt. Aber ich habe damals geschworen, es Ihnen heimzuzahlen, und lassen Sie auf, Divinatione, ich habe meinen Schwur auch gehalten. Ich habe Sie jetzt gerade dort, wo ich Sie haben wollte, und heute ist es auch, ich würde keine Hand regen, um Sie zu retten. Aber ich

tann's nicht einmal. Denn ich bin die Gegenpartei. Ich!“

„Und damit wendete er sich um und ließ Divinatione stehen, wo er stand.“

„Wie vernichtet war dieser. Aus! — Aus! Alles aus! Aber nein. Noch war ein Weg da: Reginald. Und wie im Fieber suchte er Smith-Notiz auf.“

„Reginald“, sagte er, „ich weiß, Sie sind drinnen. Bei den andern. Wissen Sie was, treten Sie über zu uns.“

„Weshalb denn? — Ich — ich —“

„Lassen Sie doch das elende Stottern und seien Sie nicht dumm. Sie können, wenn Sie vernünftig sind, einen schätzbaren Schritt machen. Geben Sie mir Geld, und ich breche den Korner noch jetzt im letzten Moment.“

„Aber Sie wissen doch...“

„Ich weiß, Sie sind bei den andern. Aber was tun's? Wenn ich den Korner breche — und ich breche ihn gewiß — so erlische ich Ihnen den ganzen Schaden und zahle Ihnen Ihre Einlagen bei mir doppelt heraus. Auch mehr, wenn Sie wollen. Ich gehe auf alle Bedingungen ein. Wieviel haben Sie bis jetzt darin stecken?“

„Dunderttausend etwa.“

„Dollars?“

„Rein Hund.“

„Daben Sie noch andres Geld?“

„Nicht einen Penny.“

„Können Sie sich von Ihrem Vater keines mehr verschaffen?“

„Auch nicht.“ Er korbelt sowieso schon fortwährend, ich hätte mich zu tief eingelassen.

„Nun ist es geschehen, aber geben? Nicht einen Heller. Und Sie? Stecken Sie tief drin?“

„Was über die Ohren.“

„Und trifft es Sie schwer?“

„Fürsibar. Denn wenn es mir nicht einlaga, mich zu retten, bin ich ein Bettler. Mit fünfshunderttausend ist mir gebient.“

„Warum wenden Sie sich denn nicht an Ihre Schwester?“

„Auch ihr Geld ist weg.“

„Hat sie es denn auch mit hineingesteckt?“

„tief Reginald ganz entsetzt.“

„Nein, das heißt... ja...“

„Er war doch kein guter Lügner bis jetzt, daß sah man ihm an.“

„Sie werden's doch nicht ohne ihr Wissen hineingesteckt haben?“

„Doch“, sagte jener.

„Um Himmels willen!“ rief Reginald. „Ja das wahr? Nein, was sind Sie für ein erbärmlicher Mensch!“

„Ich brauche Ihre Predigten nicht. Was ich bin, geht niemand etwas an. Nur eines steht fest, daß, wenn mich niemand rettet, sie alles verliert. Und Sie geben doch vor, sie zu lieben. Dann retten Sie mich doch und verdienen Sie sich noch ein Stück Geld mit dazu.“

Reginald schüttelte sich, als überfiele ihn ein Schauer.

„Ich werde sehen, was ich tun läßt“, sagte er und drehte sich um.

„Gott segne Sie, Reginald“, sagte der andre.

„Sie treffen mich in meinem Bureau oder auf der Straße gewiß. Aber gehen Sie, gehen Sie nur schnell und lassen Sie sich danken.“

„Und er streckte ihm beide Hände entgegen.“

„O, ich... ich brauche keinen Dank. Was ich tue, tue ich für Mich Wingstones, nicht für Sie. Und Ihre Hand... die... die nehme ich lieber nicht. Mir gefällt die Art, wie Sie Geschäfte machen, nicht gut. Adieu.“

„Und er ging.“

7.

Der Versuch Smith-Notiz', seinen Vater durch eine Kaffeebeide zu bestimmen, ihm einen weiteren Kredit zu eröffnen, blieb vollständig fruchtlos.

„Nicht einen Penny“, war die Antwort, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig ließ.

„Und der sehr ehrenwerte Herr Reginald war darüber verzweifelt.“

„Nicht um Wingstones willen. Denn nach allem, was dieser ihm eröffnet hatte, hätte er ihn mit größter Gemütsruhe zugrunde gehen sehen, aber wenn Mich Wingstone mit dem verwickelt war, dann lag die Sache ganz anders. Seine Beforgnis um ihr Wohlergehen war aber so tief und echt wie seine Liebe. Er verzagte sich selber ganz und dachte nur daran, wie sie zu retten sei.“

Der Zufall wollte es nun, daß auch er in seinem Dilemma den Mr. Tilloston traf. Das heißt, ein Zufall war's gerade nicht; denn es war nur allzu begreiflich, daß auch Mr. Tilloston am Entscheidungstage sich an der Seite befand. Ein Zufall war es nur, daß Reginald ihn einen Augenblick sah, und aus Angst, Tilloston könnte ihm Gedränge wieder entziehen, rannte er auf ihn zu, packte ihn am Arm und zog ihn schnell mit sich fort.